

Jetzt ist Juwi am Zug

ENERGIEWENDE / Der Marktgemeinderat Dinkelscherben will erstmal keine Ausnahme von der 10-H-Regel für den Windpark zulassen.

Dinkelscherben. Der Marktgemeinderat Dinkelscherben hat sich in seiner Sitzung am Dienstag in deutlicher Mehrheit gegen eine Ausnahme von der 10-H-Regelung für den Windpark neben dem Ortsteil Ettlried ausgesprochen. Nun ist das Unternehmen Juwi gefordert, das eigentlich in dem Waldstück zehn 250 Meter hohe Windräder errichten möchte, die allerdings zum großen Teil den in Bayern vorgeschriebenen Mindestabstand von der zehnfachen Höhe (10-H-Regel) nicht einhalten könnten.

Die Marktgemeinderäte hatten am Dienstag die Wahl zwischen drei Abstimmungspunkten. Erster Punkt war eine Anpassung des Flächennutzungsplans, allerdings fand sich dafür kein Befürworter, zumal die

Sinnhaftigkeit im konkreten Fall zur Frage stand. Punkt Zwei hätte der Wunschvorstellung der Firma Juwi den Weg geebnet: Über einen Bebauungsplan hätte die Gemeinde die 10-H-Regelung außer Kraft setzen können. Doch dafür fanden sich laut Bürgermeister Edgar Kalb nur drei Befürworter. Die überwiegende Mehrheit entschied sich für die dritte Alternative, nämlich abzuwarten, dass Juwi jetzt mit einem konkreten Anliegen auf die Gemeinde zugeht. Juwi sei jetzt gefordert, mit der Gemeinde eine einvernehmliche Lösung zu finden, erklärt Kalb das Votum.

Tatsächlich schätzt Kalb aber die Stimmung im Gemeinderat so ein, dass die Mitglieder wohl an der 10-H-Regelung festhalten wollen. Für diesen Fall hat

der Projektleiter der Firma Juwi Alexander Bromberger bereits angekündigt, zumindest vier der 250 Meter hohen Windenergieanlagen bauen zu wollen, die dann den Abstand von 2,5 Kilometern auch einhalten könnten. Für diesen Fall hat der Gemeinderat Dinkelscherben auch kein Mitspracherecht mehr. Da es sich bei Windenergieanlagen um privilegierte Baumaßnahmen im Außenbereich handelt, würde für diese vier Räder grundsätzlich Baurecht bestehen. Das Genehmigungsverfahren läuft dann erstmal über das Landratsamt Augsburg und würde ein reiner Verwaltungsakt sein. Nach eigener Aussage will Bromberger den Antrag noch im Herbst 2021 stellen. Die Inbetriebnahme ist für 2024 geplant. (mh)